



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 22, No. 10/2007

**abgeschlossen am
7. November 2007**

	<u>Seite</u>
1. Scharfe Kritik an Nachfolge-Kandidat für Justizminister Gonzales	1
2. Tauziehen um Ausbau der staatlichen Krankenversicherung für Kinder	2
3. Streit um Mittelanforderungen 2008 für Irak und Afghanistan	4
4. Repräsentantenhaus für verschärfte Sanktionen gegen Iran	7
5. <i>Defense Appropriations</i> 2008 im Vermittlungsausschuss	7
6. Heftige Debatte um Resolution zum Völkermord an Armeniern	9
7. Überbrückungshaushalt schreibt Arbeit von Bundesbehörden fort	10
8. Congress favorisiert Steuermoratorium für Internetzugang	11

1. Scharfe Kritik an Nachfolge-Kandidat für Justizminister Gonzales

Richter a. D. Michael B. Mukasey, der von Präsident Bush vorgeschlagene Kandidat für die Nachfolge des zurückgetretenen Justizminister Alberto Gonzales (vgl. CR 8-9/2007, S. 1), ist in den Anhörungen vor dem Justizausschuss des Senats Ende Oktober 2007 unerwartet scharf von den Demokraten angegriffen worden.

Nach den zwischenparteilich scharf polarisierten Auseinandersetzungen um *Attorney General* Gonzales galt die Nominierung des zwar konservativen, aber politisch wenig profilierten Ex-Richters als Kompromissangebot der Administration an die Demokraten und schien zunächst eine schnelle Zustimmung des Senats zu garantieren.

Die Kontroverse um den Kandidaten entzündete sich an Fragen demokratischer Senatoren, die den Umgang mit terrorverdächtigen Häftlingen und den Einsatz von Foltermethoden in Verhören berühren.

So wollte Senator Sheldon Whitehouse (D-Rhode Island) von Mukasey wissen, ob die als Folter geächtete Technik des so genannten „Waterboarding“, die den Ertrinkungstod simuliert, nach seiner Einschätzung zulässig sei. Mukasey antwortete nur ausweichend und betonte, dass diese Methode, wenn sie als Folter zu bezeichnen sei, unter der US-Verfassung als rechtswidrig zu betrachten ist. Er sei allerdings nicht mit den Details dieser Technik vertraut und könne insofern hierzu keine Position vertreten.

Obwohl Mukasey seine Äußerungen in einem schriftlichen *Statement* ergänzte und „Waterboarding“ dort als abstoßend bezeichnete, zeigten sich vor allem die Demokraten wenig beeindruckt.

Vielmehr hielten sie Mukasey vor, dass nach dem internationalen Ansehensverlust der USA in Folge der bekannt gewordenen Skandale um den Umgang mit inhaftierten Terrorverdächtigen und Kriegsgefangenen ebenso wie mit Blick auf den Schutz der Bürgerrechte in den USA eine unmissverständliche Stellungnahme des zukünftigen Justizministers unabdingbar sei.

Die Demokraten fordern nach den Erfahrungen mit Justizminister Gonzales, der sich stets als treuer Gefolgsmann und persönlicher Freund des Präsidenten präsentiert hat, einen unabhängigen Kopf an der Spitze des Justizministerium, der im Interesse von Recht und Verfassung dem Präsidenten und seinem politischen Team gegebenenfalls auch widerspricht.

Führende Demokraten wie Senator Edward Kennedy (Massachusetts) sahen in Mukaseys Äußerungen vor dem Justizausschuss denn auch einen gewichtigen Grund für die Ablehnung des zuvor als akzeptabel bezeichneten Kandidaten.

Unterstützung erhielt Mukasey von republikanischen Senatoren wie John McCain (Arizona) und Lindsay Graham (South Carolina), die sich mit Kritik an der Behandlung

von Gefangenen während der Präsidentschaft Bushs in der Vergangenheit nicht zurückgehalten haben.

Rechtsexperten betonten, dass Mukaseys ausweichende Antworten darauf zurückzuführen seien, dass er als quasi-designierter Justizminister mit einer dezidiert negativen Position die Sicherheitsbehörden wie die *Central Intelligence Agency* (CIA), die nach Presseberichten Methoden wie die des *Waterboarding* in den zurückliegenden Jahren angewandt hat, in eine rechtlich prekäre Lage bringen würde.

Vorhaltungen, dass Mukasey an die umstrittenen Positionen von Gonzales zu den Kriegsvollmachten des Präsidenten anknüpfe und eine enorme Ausweitung des Handlungsspielraums der Administration jenseits der Kontrolle durch Legislative und Judikative befürworte, begegneten republikanische Senatoren mit Verweis auf Mukaseys Aussagen zu den verfassungsrechtlich verbrieften Gesetzgebungskompetenzen des Congress, welche die Administration binden würden.

Unterstützung erhielt Mukasey auch von den demokratischen Senatoren Dianne Feinstein (Kalifornien) und Charles Schumer (Massachusetts), beide Mitglieder des Justizausschusses. Sie sicherten dem Kandidaten für das Amt des Justizministers ihre Unterstützung zu, nachdem Mukasey die Ächtung von umstrittenen Verhörmethoden durch den Congress als rechtlich verbindlich für die Administration erklärt hatte.

So kam ein positives Votum des Justizausschusses zustande, der dem Senatsplenum mit 11 gegen 8 Stimmen schlussendlich die Zustimmung zum Nominierungsvorschlag des Präsidenten empfahl.

Damit gilt die Zustimmung des Senats zur Ernennung von Richter Mukasey als relativ sicher. Nicht zu übersehen sind allerdings die wachsende Kritik und Skepsis des Congress an der die einseitigen Handlungsvollmachten des Präsidenten betonenden Rechtsauffassung der Administration, die tief bis in die Reihen der republikanischen Fraktionen reichen.

2. Tauziehen um Ausbau der staatlichen Krankenversicherung für Kinder

Präsident Bush hat Anfang Oktober 2007 das zuvor angedrohte Veto gegen die vom Congress verabschiedete Novelle des *State Children Health Insurance Programs* (SCHIP) eingelegt, die einen deutlichen Ausbau des staatlichen Krankenversicherungsschutzes für Kinder und Jugendliche vorsieht (vgl. CR 8-9/2007, S. 11).

SCHIP ist ein Mitte der 1990er Jahre zwischen Präsident Clinton und dem republikanisch geführten Congress ausgehandelter Kompromiss, der Bundesfördermittel für Einzelstaaten bereitstellt, die Krankenversicherungsprogramme für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien einrichten.

Die unter demokratischer Ägide, aber mit republikanischer Unterstützung ausgearbeitete Novelle des auslaufenden Gesetzes stellte eine Verdoppelung der Fördermittel, finanziert durch eine Erhöhung der Tabaksteuer, in Aussicht. Sie soll es den Bundesstaaten ermöglichen, ihre Programme in der geplanten Breite umzusetzen und gegebenenfalls auch das Versicherungsangebot auszuweiten.

Damit soll zum einen dem Problem begegnet werden, dass ein erheblicher Anteil der anspruchsberechtigten Familien bisher nicht in die Programme der Bundesstaaten eingebunden werden konnte. Zum anderen zielt die Novelle aber auch darauf, den durch Verlust des Versicherungsschutzes bedrohten Familien zu helfen.

Präsident Bush und ein Großteil der konservativen Republikaner kritisierten an der Vorlage, dass sie Familien mit einem Jahreseinkommen bis zu 80.000 USD subventioniere und damit zu einer Aushöhlung des privaten Versicherungssystems beitrage. Bush forderte deshalb eine Konzentration der Förderung auf die untersten Einkommensgruppen, die mit erheblich weniger Mitteln und ohne Steuererhöhungen zu erreichen seien.

Das Repräsentantenhaus hat Ende Oktober 2007 mit 265 gegen 142 Stimmen eine leicht veränderte Gesetzesvorlage verabschiedet, die nach dem Bekunden der Demokraten den Einwänden der Administration und der konservativen Republikaner weit entgegenkommt. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Einkommensobergrenzen, und die Anspruchsberechtigung von Ausländern ohne gesetzliche Aufenthaltsberechtigung.

Die Demokraten haben hervorgehoben, dass die Einzelstaaten das Versicherungsangebot für Familien mit einem Jahreseinkommen von 80.000 USD nur mit Ausnahme genehmigungen der Administration ausweiten können. Die Gesetzesnovelle orientiert sich an einer Obergrenze von ca. 62.000 USD, dem dreifachen der offiziellen Armutsgrenze für Familien mit 2 Kindern. Darüber hinaus werden die Einzelstaaten gefördert, die Subventionen für einen privaten Krankenversicherungsschutz als Alternative zu staatlichen Programmen anbieten können.

Präsident Bush hat allerdings auch gegen die überarbeitete Vorlage ein Veto angedroht, weil er die Änderungen für größtenteils kosmetisch und die Novelle in ihren Grundzügen für nahezu identisch mit dem abgelehnten Entwurf hält.

Der Senat hat am 31. Oktober mit 62 gegen 33 Stimmen ein Ende der Debatte über die anhängige Vorlage beschlossen und damit ein mögliches republikanisches *Filibuster*, die Blockade einer Abstimmung durch unbegrenzte Fortsetzung der Debatte, abgewendet.

Die breite Mehrheit für ein Ende der Debatte reflektiert nicht nur die weit in die Reihen der republikanischen Fraktionen reichende Unterstützung für den Programmausbau, sondern auch die hinter den Kulissen laufenden Bemühungen, durch Änderungen am Gesetzestext den konservativen Bedenken noch stärker entgegen zu kommen und

mehr Stimmen für die Verabschiedung zu gewinnen.

Die Administration zeigt sich allerdings bisher unbeeindruckt von den demokratischen Angeboten und hält an ihrem Veto-Kurs fest. Die Kompromissbereitschaft der Demokraten ist dagegen durch die Aussicht auf ein populäres Thema in den Congress- und Präsidentschaftswahlkämpfen 2008 sichtlich begrenzt.

3. Streit um Mittelanforderungen 2008 für Irak und Afghanistan

Die Demokraten in beiden Kammern des Congress haben auf Präsident Bushs zusätzliche Mittelanforderungen für die Militäroperationen im Irak und in Afghanistan für das Haushaltsjahr 2008 mit unverhohlen scharfer Kritik reagiert.

Präsident Bush hat dem Congress am 22. Oktober 2007 offiziell eine Ergänzungsforderung 2008 für die Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan unterbreitet, die Mittelzuweisungen in Höhe von 189,3 Mrd. USD verlangt. Das sind 47,65 Mrd. USD mehr als ursprünglich von der Bush-Administration zur Deckung der Kriegskosten im Irak und in Afghanistan für das Haushaltsjahr 2008, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2007 begonnen hat, kalkuliert wurden.

Im Einzelnen sieht Bushs Mittelanforderung unter anderem vor:

- 80,9 Mrd. USD für die Unterhaltung und Durchführung der militärischen Operationen;
- 64,04 Mrd. USD für die Beschaffung von neuem militärischen Gerät;
- 17,8 Mrd. USD für Personalausgaben;
- 2,6 Mrd. USD für den Titel „Research and Development“ im Mittelplan des Präsidenten;
- 1,86 Mrd. USD für den Bau von militärischen Anlagen;
- 5,7 Mrd. USD, die der Ausbildung und Unterstützung irakischer und afghanischer Sicherheitskräfte dienen sollen,
- 1,02 Mrd. USD für Gesundheitsprogramme für die amerikanischen Streitkräfte sowie
- 9,2 Mrd. USD für nicht weiter spezifizierte, als geheim eingestufte Programme.

Bush verband seine Mittelanforderung mit einem unmissverständlichen Appell an die demokratischen Mehrheiten in beiden Kammern des Congress. „Der Congress“, so der Präsident, „sollte nicht nach Hause in die Ferien gehen, während unsere Streitkräfte

immer noch auf die Mittel warten, die sie brauchen.“ Das entspricht der Strategie des Präsidenten, die Demokraten im Congress für Verzögerungen in der Mittelbewilligung politisch verantwortlich zu machen.

Im Senat erklärte Robert C. Byrd (D-West Virginia), der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses, gleichwohl, dass er Bush keinesfalls einen „Blankoscheck“ für seine Kriegspolitik ausstellen wolle. Ähnlich äußerte sich *Senate Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada), der betonte, dass der Congress mit Blick auf den von Bush gewünschten Ergänzungshaushalt für seine Kriegspolitik keineswegs in Eile sei. Reid verwies in diesem Zusammenhang auf das reguläre Verteidigungsbewilligungsgesetz (*Defense Appropriations*) 2008 (vgl. auch Punkt 5), das Mittelzuweisungen in Höhe von 450 Mrd. USD für das *Pentagon* enthält, die aus der Sicht des *Senate Majority Leader* zunächst durchaus zur Deckung der Kriegskosten im Irak und in Afghanistan im begonnenen Haushaltsjahr 2008 ausreichen würden.

Im Repräsentantenhaus hatte David R. Obey (D-Wisconsin), der Vorsitzende des dortigen Bewilligungsausschusses, bereits im Vorfeld angekündigt, dass er den Mittelanforderungen Präsident Bushs für den Irak und Afghanistan im Haushaltsjahr 2008 nicht automatisch nachkommen werde. Vielmehr kündigte Obey eine Teilbewilligung an, die an Änderungen in Bushs Irakpolitik geknüpft werden soll. „Wir müssen die Administration zu einem neuen Denken zwingen“, so der *Chairman* des *House Appropriations Committee*. Genau das ist den Demokraten aber trotz allen Ankündigungen und legislativen Bemühungen bisher nicht gelungen (vgl. CR 8-9/2007, S. 5).

Vielmehr scheint Präsident Bush trotz des demokratischen Wahlsieges in den Zwischenwahlen 2006, die vor allem ein Referendum über seine Irakpolitik waren (vgl. CR 11-12/2006, S. 9), nach wie vor die Oberhand im politischen Tauziehen um den Kurs im Irak zu haben. Elf Monate nach dem Mehrheitswechsel im Congress ist es den Demokraten trotz unzähliger *Hearings* und Gesetzesinitiativen nicht gelungen, den Präsidenten zur Kurskorrektur zu zwingen und ein perspektivisches Ende der militärischen Intervention der USA im Irak einzuläuten.

Allein im September 2007 scheiterten die Demokraten im Senat mit sechs Versuchen, auf die Kriegspolitik Präsident Bushs im Irak Einfluss zu nehmen. Die republikanische Minderheit machte sich dabei die Geschäftsordnung des Senats zunutze, die vorsieht, dass eine Blockade durch *Filibuster* nur mit einer Dreifünftelmehrheit von 60 Stimmen gebrochen werden kann. Davon waren die Demokraten mit ihrer knappen Mehrheit von 51 Sitzen allerdings selbst im besten Abstimmungsfall immer noch vier Stimmen entfernt.

Versuche, einen Truppenabzug aus dem Irak zu erzwingen, scheiterten wie schon im Frühjahr 2007 (vgl. CR 3-4/2007, S. 2) an der Geschlossenheit der republikanischen Minderheitsfraktion, in der sich nur wenige gemäßigte Fraktionsmitglieder wie Olympia Snowe (R-Maine), Chuck Hagel (R-Nebraska) und Gordon H. Smith (R-Oregon) in der Irakpolitik offen gegen den Präsidenten stellten.

Ein Zusatz der Demokraten Carl Levin (Michigan) und Jack Reed (Rhode Island) beispielsweise, der einen Truppenabzug aus dem Irak binnen neun Monaten anvisiert hätte, blieb am 21. September 2007 im Senat gar 13 Stimmen unterhalb des erforderlichen Quorum für die Beendigung eines republikanischen *Filibuster*, weil selbst die demokratische Mehrheitsfraktion nicht geschlossen mit ihrer Fraktionsführung stimmte.

Da half es wenig, dass *Senate Majority Leader* Reid betonte, dass die Demokraten ihre politische Strategie nicht ändern würden und sich „äußerst wohl“ mit dem Stand der Debatte fühlten. Reids Hinweis, das sei „jetzt Bushs Krieg und der Krieg der republikanischen Senatoren“, wirkte geradezu hilflos, denn den Demokraten im Senat fehlen nach wie vor 10 bis 12 Stimmen aus der republikanischen Minderheitsfraktion, um die Geschäftsordnung dominieren und einen Kurswechsel in der Irakpolitik herbeiführen zu können.

Die amerikanische Öffentlichkeit ist insgesamt klar gegen die Irakpolitik Bushs eingestellt. Einer Umfrage von *Washington Post/ABC News* vom September 2007 zufolge sind nur noch 36 Prozent der Befragten der Auffassung, dass es richtig war, den Krieg gegen den Irak zu führen. Gleichzeitig waren im Oktober 2007 nur noch 23 Prozent der Befragten mit der Arbeit des Congress im Allgemeinen zufrieden. Die Demokraten müssen in diesem Zusammenhang sorgsam darauf achten, ihre eigene Basis politisch nicht zu frustrieren. So sind nach einer *Gallup*-Umfrage vom September 2007 vier von fünf demokratischen bzw. unabhängigen Wählern unzufrieden mit der Art und Weise wie das Land regiert wird.

Immerhin ist es den Demokraten im Repräsentantenhaus Anfang Oktober 2007 gelungen, den Präsidenten zu regelmäßigen Berichten über seine Planungen für die Truppenstationierungen im Irak zu verpflichten. Eine entsprechende Gesetzesinitiative, die vom Demokraten John Tanner (Tennessee) angestoßen wurde, erhielt die Zustimmung von 377 Mitgliedern des Repräsentantenhauses, 196 Demokraten und 181 Republikanern. Lediglich 30 Demokraten und 16 Republikaner stimmten gegen die Vorlage (*House Resolution* 3087). Im Senat ist eine ähnlich gefasste Vorlage anhängig, die von Ken Salazar (D-Colorado) eingebracht wurde und bereits die Unterstützung von Republikanern wie Elisabeth Dole (North Carolina) und Susan Collins (Maine) gefunden hat.

Das *Congressional Budget Office* (CBO), das Haushaltsbüro des Congress, hat zwischenzeitlich einen Bericht zu den langfristigen Kosten des Irakkrieges vorgelegt. Danach könnten bis zum Jahr 2017 Belastungen für die amerikanischen Steuerzahler in Höhe von bis zu 1,7 Billionen USD entstehen, sollten die USA eine Truppenpräsenz von 75.000 Soldaten (gegenüber derzeit über 160.000) bis zum Jahr 2013 im Irak aufrechterhalten. Für das Haushaltsjahr 2007, das rechnungstechnisch am 30. September 2007 endete, hatte der Congress 169,5 Mrd. USD für die amerikanischen Truppen im Irak und in Afghanistan bewilligt.

4. Repräsentantenhaus für verschärfte Sanktionen gegen den Iran

Das Repräsentantenhaus hat sich Ende September 2007 für verschärfte Sanktionen gegen den Iran ausgesprochen, dem das Streben nach Atomwaffen vorgeworfen wird. Die Entscheidung (*Iran Counter-Proliferation Act of 2007*), die auf eine Initiative des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Tom Lantos (D-Kalifornien), zurückgeht und mit der großen Mehrheit von 397 zu 16 Stimmen verabschiedet wurde, stellt fest, dass

- die Aussicht eines nuklear bewaffneten Iran eine große Bedrohung für die USA, die Verbündeten im Nahen Osten und Europa darstellt;
- die USA und ihre Alliierten alle möglichen diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Schritte unternehmen müssen, um das iranische Regime von seinem Streben nach Atomwaffen abzuhalten.

Das Repräsentantenhaus unterstreicht, dass die Wirtschaftssanktionen gegen den Iran verschärft werden müssen. Gleichzeitig sollen die Sekundärsanktionen im Kontext des *Iran Sanctions Act* von 1996 ausgedehnt werden.

Der Präsident wird darüber hinaus dazu verpflichtet innerhalb von 120 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes zu entscheiden, ob Irans sogenannte Revolutionäre Garden als terroristische Organisation einzustufen und auf die Liste globaler Terrorgruppen aufzunehmen sind.

Lantos zeigte sich im Kontext der Entscheidungsfindung im Repräsentantenhaus davon überzeugt, dass die iranische Staatsführung sich in den Besitz von Atomwaffen bringen will.

Die Bush-Administration hatte mit Blick auf die Problematik im Februar 2007 erklärt, dass „alle Optionen auf dem Tisch liegen“, was als eine unverhohlene Drohung mit einer militärischen Option gedeutet werden kann.

Die Demokraten im Congress sind bisher einer Debatte um die Autorisierung eines perspektivischen Militäreinsatzes gegen den Iran aus dem Weg gegangen und wollen vielmehr ein größtmögliches Maß an Flexibilität und politischem Druck in der Iranpolitik aufrechterhalten.

5. Defense Appropriations 2008 im Vermittlungsausschuss

Nach dem Repräsentantenhaus (vgl. CR 8-9/2007, S. 7) hat am 3. Oktober 2007 - drei Tage nach dem offiziellen rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres - auch der Senat seinen Entwurf für das Verteidigungsbewilligungsgesetz 2008 (*Fiscal*

Year 2008 Defense Appropriations, House Resolution 3222; Senate Report 110-55) verabschiedet.

Entscheidungen zur Irakpolitik (vgl. auch Punkt 3) gingen die Demokraten auf Betreiben der Fraktionsführung sowie des Vorsitzenden des *Senate Defense Appropriations Committee*, Daniel K. Inouye (D-Hawaii), am Ende aus dem Weg. Zu groß schien die Gefahr einer Niederlage, nachdem der Senat sich auf ein Quorum von 60 Stimmen für die Verabschiedung von Zusätzen zur *Defense Appropriation* verständigt hatte.

Ein Vorstoß von Russ Feingold (D-Wisconsin), der sämtliche Haushaltsmittel für die Truppenstationierung im Irak nach dem 30. Juni 2008 gestrichen hätte, war zuvor mit 28 gegen 68 Stimmen gescheitert. Neben 46 Republikanern stimmten auch 21 Demokraten und der Unabhängige Joseph I. Lieberman (Connecticut) gegen Feingolds Zusatz, obwohl *Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) sich für das *Amendment* ausgesprochen hatte.

Die Vorlage des Senats zur *Defense Appropriation* 2008, über die nun noch im Vermittlungsausschuss zwischen beiden Kammern Übereinstimmung erzielt werden muss,

- hat einen Gesamtumfang von 459,3 Mrd. USD, 39,7 Mrd. USD mehr als vom Congress für das abgelaufene Haushaltsjahr 2007 für die Rüstung bewilligt worden waren.

Im Umfang unterscheidet sich die Senatsvorlage nur minimal von der des Repräsentantenhauses. Unterschiede gibt es allerdings in einigen Politikfeldern. Während das Repräsentantenhaus beispielsweise die Anwendung der Folter im „war on terror“ ausdrücklich verbieten will, verzichtet der Senat auf entsprechende Verbotformulierungen. Differenzen gibt es auch mit Blick auf die Raketenabwehr, wo der Senat Mittel für die sogenannten *Multiple Kill Vehicle*- und *Kinetic Energy Interceptor*-Programme kürzen möchte, während das Repräsentantenhaus darauf verzichtet hat. Beide Kammern wollen die Mittelanforderungen des Präsidenten in Höhe von 8,8 Mrd. USD in diesem Bereich um etwa 300 Mio. USD kürzen.

Präsident Bush hat für den Fall ein Veto angedroht, dass sein Handlungsspielraum in der Sicherheitspolitik durch die Bewilligungsentscheidung eingeschränkt würde.

Bushs Vetoandrohung gilt auch für den vom Senat Anfang Oktober 2007 verabschiedeten Entwurf zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2008 (*Fiscal Year 2008 Defense Authorization*), über den das Repräsentantenhaus bereits im Mai 2007 entschieden hatte (vgl. CR 5/2007, S. 6).

Der Congress entscheidet im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Budgethoheit (Abschnitt 1, Absatz 8 der US-Verfassung) jährlich sowohl der Sache („Defense Authorization“) als auch der Höhe („Defense Appropriation“) nach über den Verteidigungshaushalt. Dies geschieht zunächst getrennt in beiden Kammern, bevor die jeweiligen Vorlagen dann im Vermittlungsausschuss synchronisiert werden.

Der Senat hatte über seine Vorlage zur Defense Authorization 2008 19 Tage im Plenum gestritten, wobei er sich am Ende auf einen Genehmigungsansatz in Höhe von 648,3 Mrd. USD für das Haushaltsjahr 2008 verständigte.

Besonders umstritten waren dabei zwei Zusätze. Der eine würde die Nachrichtendienste darauf verpflichten, den Streitkräfteausschüssen Informationen auf Anfrage innerhalb von 15 Tagen zur Verfügung zu stellen, solange der Präsident sich nicht ausdrücklich auf sein *Executive Privilege* beruft. Der andere würde es dem Verteidigungsministerium im Rahmen einer *Buy-America*-Initiative verbieten, Rüstungsgüter von Firmen zu beziehen, die ausländische Staatssubventionen erhalten.

Während Präsident Bush in diesem Zusammenhang unverhohlen sein Veto angedroht hat, hält Carl Levin (D-Michigan), der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Senat, die Vetoandrohung für unglaublich, zumal im Genehmigungsentwurf 127,5 Mrd. USD für die Militäroperationen im Irak und in Afghanistan ausgewiesen sind.

6. Heftige Debatte um Resolution zum Völkermord an Armeniern

Die Annahme einer nicht-bindenden Resolution zur Verurteilung des Völkermords an Armeniern durch das *Foreign Affairs Committee* im Repräsentantenhaus hat Anfang Oktober 2007 zu einer heftigen Debatte zwischen Congress und Administration sowie scharfen Reaktionen von Seiten der Türkei geführt.

Die mit 27 gegen 21 Stimmen angenommene Resolutionsvorlage fordert den US-Präsidenten auf, den Massenmord an Armeniern zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Genozid anzuerkennen. Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses, Tom Lantos (D-Kalifornien), selbst ein Überlebender des Holocaust, manövrierte die Vorlage gegen den Widerstand der Administration zielstrebig durch den Entscheidungsprozess.

Druck auf eine erneute Behandlung des Themas durch den Congress kommt vor allem von armenisch-stämmigen US-Bürgern, die in einer Reihe von Congress-Distrikten erhebliche Wähleranteile stellen. Insbesondere in dem kalifornischen Wahlkreis von *Speaker* Nanci Pelosi (D) gehört die armenisch-stämmige Bevölkerung zu den wichtigen Wählergruppen und langjährigen Unterstützern Pelosis.

Ungeachtet der Beteuerungen der demokratischen Ausschuss- und Repräsentantenhausführung, die Resolution richte sich nicht gegen die heutige Türkei, die als treuer Freund und Verbündeter der USA betrachtet werde, reagierte die politische Führung der Türkei auf den Vorstoß mit wütender Empörung, die das ungeklärten Verhältnis des Landes zu diesem Kapitel seiner Geschichte reflektiert.

Die Administration reagierte mit sichtlicher Verlegenheit auf die unerwartete demokratische Initiative und zeigte sich um Schadensbegrenzung bemüht. Während der

Massenmord an schätzungsweise 1,5 Millionen Armeniern in den USA weithin als Genozid betrachtet wird, ist die Bush-Administration in der Versorgung der US-Truppen im Irak wie in der Terrorbekämpfung auf eine enge Kooperation und Unterstützung durch die Türkei angewiesen.

Präsident Bush und Außenministerin Condoleezza Rice charakterisierten den Resolutionsentwurf dementsprechend als schädlich für US-Außenpolitik und drängten die Führung des Repräsentantenhauses, die Resolution nicht wie vorgesehen im Plenum zur Abstimmung zu bringen.

Kompliziert wurde die Situation durch zeitgleiche Angriffe kurdischer Rebellen vom Territorium des Irak auf militärische und zivile Ziele in der Türkei, die nach Berichten von der PKK, einer von der USA als Terrororganisation eingestuften Gruppe, ausgeführt wurden sind und zu zahlreichen Todesopfern führten.

Angesichts des wachsenden Drucks von Seiten der Administration und der Vergeltungsdrohungen der türkischen Regierung hat Speaker Pelosi den umstrittenen Entwurf bisher nicht auf die Tagesordnung des Repräsentantenhauses gesetzt.

Eine Reihe demokratischer Abgeordneter hat mit Blick auf die möglichen Konsequenzen insbesondere für die US-Truppen ihre Unterstützung für die Resolution zurückgezogen, sodass eine Mehrheit zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr als sicher gilt.

Damit scheint zumindest dieser Aspekt der deutlichen Verstimmungen im türkisch-amerikanischen Verhältnis vorerst ausgeräumt, auch wenn ein erneutes Aufgreifen des bereits mehrfach im Congress debattierten Themas als sicher gelten kann.

7. Überbrückungshaushalt schreibt Arbeit von Bundesbehörden fort

Repräsentantenhaus und Senat haben am 26./27. September kurz vor dem rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2008 einen Überbrückungshaushalt („Continuing Resolution“) verabschiedet, der die Finanzierung der Bundesbehörden zunächst bis zum 16. November 2007 fortschreibt.

Die Entscheidung war notwendig geworden, nachdem es den demokratischen Mehrheiten im Congress bis Ende September nicht gelungen war, die erforderlichen 12 Bewilligungsgesetze für das Haushaltsjahr 2008 zu verabschieden.

Zwar hatte das Repräsentantenhaus alle zwölf Entwurfsvorlagen für den Haushalt 2008 verabschiedet. Im Senat waren es aber nur vier (*Homeland Security, Military Construction, State/Foreign Operations* und *Transportation/Housing and Urban Development*), von denen drei von Präsidenten Bush schon vor dem Abschluss der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss mit einer Vetoandrohung belegt worden waren.

Eine Vetoandrohung des Präsidenten steht auch für sechs weitere Bewilligungsgesetze im Raum, sodass mit einem schwierigen Verlauf der Haushaltsberatungen in den kommenden Wochen zu rechnen ist.

Präsident Bush will zusätzliche Ausgabenbewilligungen von etwa 23 Mrd. USD nicht akzeptieren, die der Congress für das Haushaltsjahr 2008 anstrebt. Damit steht die Perspektive einer Sammelbewilligung („Omnibus Budget Legislation“) im Raum.

Bush hat angedeutet, dass er eine solche Lösung nicht akzeptieren würde, weil sie es den Mitgliedern des Congress erlauben würde, alle möglichen *Pet Projects* in die Haushaltsbewilligung hineinzuschmuggeln. Die Demokraten wiederum suchten jeden Eindruck einer perspektivischen Sammelbewilligung zu zerstreuen und wiesen darauf hin, dass sie sich im engen Kontakt mit dem Direktor des *Office of Management and Budget* im Weißen Haus befinden und jeder Form des haushaltspolitischen Roulette aus dem Weg gehen wollen.

8. Congress favorisiert Steuermoratorium für Internetzugang

Senat und Repräsentantenhaus haben Ende Oktober 2007 eine Gesetzesvorlage angenommen, die den Zugang zum Internet für weitere sieben Jahre von jeglichen Steuern befreit.

Das Repräsentantenhaus hatte zunächst Mitte Oktober eine Verlängerung des Anfang November auslaufenden Steuermoratoriums rund um Dienstleistungen von Unternehmen, die den Internetzugang ermöglichen, um weitere vier Jahre nahezu einstimmig beschlossen.

Die von zahlreichen Republikanern und einer Reihe von Demokraten geforderte permanente Steuerbefreiung von Internetzugängen scheiterte allerdings an dem mangelnden haushaltspolitischen Handlungsspielraum.

Der Senat übernahm die Vorlage des Repräsentantenhauses einstimmig, verlängerte die Frist für das Moratorium jedoch auf sieben Jahre, sodass eine erneute Zustimmung der Abgeordneten notwendig wurde.

Darüber hinaus stellten die Senatoren klar, dass auch Dienstleistungen wie der Zugriff auf Emails via Telefon von der Besteuerung freigestellt werden. Nur Einzelstaaten, die vor dem ersten Inkrafttreten des Gesetzes 1998 solche Internet-Dienstleistungen besteuert haben, können auch in Zukunft derartige Abgaben erheben.

Gewissermaßen in letzter Minute stimmte das Repräsentantenhaus, nun ohne Gegenstimmen, der vom Senat abgeänderten Vorlage zu.

Während die Verlängerung des Steuermoratoriums, das als zentrales Förderelement für

die Verbreitung und weitere Entwicklung von internetbasierten Technologien und Dienstleistungen angesehen wird, zu keinem Zeitpunkt fraglich erschien, bleibt bemerkenswert, dass eine permanente Steuerbefreiung gegenwärtig als nicht finanzierbar gilt.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report